

Michael Brzoska und Hans-Georg Ehrhart

## Mythos „Die NATO ist der Kernpunkt deutscher Staatsräson“

### 1. Mystifizierung der NATO

Die NATO beruht auf der vertraglichen Vereinbarung ihrer Mitglieder, „ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen“ (Präambel des Nordatlantikvertrages). Für die deutsche und europäische Sicherheitspolitik hat die NATO seit Jahrzehnten eine hohe Bedeutung. Sie ist darüber hinaus ein wichtiges Bindeglied Deutschlands mit dem politischen Westen, insbesondere den USA.

Aber immer wieder wird in der NATO mehr gesehen. 1982 sagte Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Rede zur Begründung der Nachrüstung im Bundestag: „Die NATO ist der Kernpunkt deutscher Staatsraison.“<sup>1</sup> Auch aktuell finden sich ähnliche Formulierungen in diversen Positionspapieren. So ist in einem von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Diskussionspapier von der NATO als „Glutkern des Westens“ die Rede<sup>2</sup>.

Formulierungen dieser Art suggerieren, dass Deutschlands Existenz ohne NATO nicht denkbar sei und der „Westen“ ohne die NATO sein Zentrum verlieren würde. Das Militärbündnis NATO wird symbolisch überhöht. Der Bestand einer Internationalen Organisation wird implizit über Interessen und Werte gestellt, wie sie etwa in der Präambel des Grundgesetzes oder in den europäischen Verträgen von Nizza, Amsterdam und Lissabon formuliert sind. Ein Bündnis, das in einer spezifischen Konstellation von Risiken und Bedrohungen begründet ist, wird als Garant eines Wertesystems auf ewig als unverzichtbar überhöht. Die NATO erscheint nicht als Instrument, sondern als Selbstzweck.

Perspektivisch verengen die Reden von der NATO als Kernpunkt der Staatsräson oder Glutkern des Westens den sicherheitspolitischen Blick. Eine Zukunft, in der ein westliches Militärbündnis nicht mehr notwendig sein könnte, wird nicht nur ausgeschlossen, sie wird auch als nicht wünschenswert erklärt. Denn mit dem Überflüssigwerden der NATO verlöre Deutschland den Kernpunkt seiner Staatsräson und der Westen seinen Glutkern.

Realpolitisch wird ignoriert, dass sich die sicherheitspolitischen Interessen der Mitgliedstaaten zwar in vielem überlappen, aber in vielem auch voneinander abweichen. Das gilt vor allem für die Führungsmacht USA: Nicht erst die Präsidentschaft Donald Trumps hat deutlich gemacht, dass in den USA die Vorstellungen darüber, wie Frieden und Sicherheit am besten zu erhalten sind, von der anderer Mitgliedstaaten zumindest zeitweise abweichen, zum Teil deutlich.

Weiterhin überhöhen die Reden von der NATO als Kernpunkt deutscher Staatsräson und der NATO als Glutkern des Westens die Bedeutung von Militär- und Sicherheitspolitik für die Bewahrung von Leben und gesellschaftlicher Ordnung. Die NATO ist primär ein Militärbündnis. Wenn es darum geht, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen“ (Präambel des Nordatlantikvertrages) mit nicht-militärischen

---

1 Regierungserklärung Kohls vom 13. Oktober 1982, in: Verhandlungen des Bundestages, 9. WP, Stenographische Berichte Bd. 122, S. 7220.

2 <https://www.boell.de/de/2021/01/18/transatlantisch-traut-euch>.

Mitteln zu verteidigen – auch gegen Bestrebungen in einigen der Mitgliedstaaten selbst – steht die NATO nur bei den militärischen Mitteln im Zentrum, ansonsten bestenfalls am Rande.

Eine nüchterne, nicht-mystifizierende Einschätzung der Bedeutung der NATO für Deutschland und Europa sollte von einer Analyse des größeren politischen Kontexts ausgehen, in dem die Organisation agiert, mit Schwerpunkten in drei Dimensionen:

- Wie stark konvergieren/divergieren deutsche Interessen mit denen anderer NATO-Partner, insbesondere den USA?
- Wie zentral ist die militärische Bedrohung für Bestand und Zukunft unserer Gesellschaft und ihrer Werte, wie sie etwa in dem oben erwähnten Auszug aus dem Nordatlantikpakt zum Ausdruck kommen?
- Gibt es andere relevante Partner und Bündnisse, mit denen sich militärische und nicht-militärische Interessen besser umsetzen ließen als mit der NATO?

Die Reden von der NATO als Kernpunkt deutscher Staatsraison oder als Glutkern des Westens zielen darauf, Debatten um den richtigen Weg in der Friedens- und Sicherheitspolitik abzuschneiden. Die Forderung nach einem kritischen Diskurs über die NATO bedeutet nicht, zum Schluss zu kommen, die NATO sei unwichtig oder gehöre abgeschafft. Aber ein Denken, das die NATO von vornherein für unverzichtbar und alternativlos erklärt, ist ahistorisch und unreflektiert. Debatten um die Rolle und den Stellenwert der Atlantischen Allianz sollten immer wieder geführt werden. Eine Mystifizierung der NATO hingegen ist kontraproduktiv für die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit in Europa und die Zukunft einer westlichen, d.h. in den Grundsätzen der Aufklärung wurzelnden Wertegemeinschaft.

## 2. Historischer Kontext

Hauptzweck der NATO bei ihrer Gründung war die Abschreckung von und gegebenenfalls die Verteidigung gegen militärische Aggressionen der Sowjetunion. Dies erforderte ein Bündnis gewillter europäischer Staaten mit der Militärmacht USA. Deutsche Mitgliedschaft in der NATO und Aufbau der Bundeswehr bedingten einander, was der erste Generalsekretär der NATO, Lord Hastings Ismay in einem vielzitierten Bonmot treffend zum Ausdruck gebracht haben soll („keep US in, Russia out, Germany down“). Der letzte Punkt verweist auf das damals ebenfalls virulente Sicherheitsproblem der „deutschen Frage“. Es wurde zunächst durch die Teilung Deutschlands und später durch den Verbleib des wiedervereinten Deutschlands in der NATO gelöst.

Die Gründung der NATO im April 1949 ließ ein rein europäisches, gegen die Sowjetunion und Deutschland gerichtetes Militärbündnis, den im März 1948 von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten abgeschlossenen Brüsseler Pakt, in den Hintergrund treten. Auch für die militärische Einbindung Deutschlands wurde die NATO erst zuständig als ein europäisches Modell für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), deren Errichtung von Frankreich, Italien, den Benelux-Staaten und Deutschland im Mai 1952 politisch vereinbart worden war, 1954 an der französischen Nationalversammlung scheiterte.

Nach der Mitte der 1950er Jahre hatten sicherheitspolitische Aspekte in Prozessen der europäischen Integration keinen Platz. Allenfalls die Westeuropäische Union diene der Beschränkung und Kontrolle westdeutscher Rüstung. Französische Vorstöße in diese Richtung (Fouchet I, Fouchet II, Deutsch-Französischer Vertrag) trafen auf den Widerstand der USA und fanden kaum Unterstützung bei anderen europäischen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik. Dies trug mit dazu bei, dass sich Frankreich 1966 aus der militärischen Integration der NATO zurückzog, eine Entscheidung, die erst 2009 revidiert wurde.

Für die USA blieb die NATO zwar angesichts sowjetischer Militärmacht in Europa ein zentrales Element ihrer Sicherheitspolitik. Sie sah sich aber zunehmend globalen Herausforderungen gegenüber. Den blutigsten Krieg seit dem Ende des 2. Weltkriegs führten die USA in Vietnam. Keiner der NATO-Mitgliedstaaten nahm daran mit Truppen teil. Auch in keinem anderen der Kriege, an denen die USA während des Kalten Krieges beteiligt war, war die NATO aktiv.

Das änderte sich erst nach dem Ende des Kalten Krieges mit einer Neuorientierung der NATO auf Unterstützung von militärischen Operationen „out of area“<sup>3</sup>. Damit verschaffte sich die NATO eine neue Existenzberechtigung. Auch über den im Nordatlantikvertrag vereinbarten Raum hinaus wurden bis heute 19 Militärmissionen durch die NATO organisiert. An den größten militärischen Einsätzen von Mitgliedstaaten, den Golfkriegen von 1990/91 und 2003 hingegen war die NATO nicht beteiligt. Der erstmalige und bisher einzige Beschluss der NATO, einem Mitgliedsland auf der Grundlage von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags Hilfe zu leisten<sup>4</sup>, erfolgte nach den Terrorschlägen vom 11.9.2001. Die US-Regierung verzichtete jedoch auf Involvierung der NATO in ihrem Feldzug gegen Al-Quaida und die Taliban in Afghanistan. Erst ab August 2003, nachdem die USA das Schwergewicht ihrer militärischen Aktivitäten auf den Irak verlagert hatte, wurde die NATO in Afghanistan mit der ISAF-Mission aktiv.

Seit einigen Jahren, insbesondere seit der russischen Annexion der Krim und Unterstützung der Rebellion in der Ostukraine, ist die NATO, unter Fortsetzung einer Reihe von kleineren Missionen außerhalb des nordatlantischen Raumes, wieder stärker auf Abschreckung und Verteidigung nach Osten, nun gegen Russland ausgerichtet. Seit 2020 diskutieren die Mitgliedstaaten zudem über einen erweiterten Fokus auf China<sup>5</sup>. Während Russland als Bedrohung für die transatlantische Sicherheit gilt, wird Chinas wachsender Einfluss als systemische Herausforderung für die Allianz eingestuft.<sup>6</sup>

### 3. Sicherheitspolitische Entlastung und Last

Auch eine kritische Betrachtung der NATO darf ihre Verdienste und Vorteile für die Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Europa einschließlich Deutschland nicht gering achten. An erster Stelle steht hier ihr zentraler Beitrag für die kollektive Verteidigung während des Kalten Krieges. In der NATO machten die USA deutlich, dass sie bereit waren, die westlichen Streitkräfte im Falle eines militärischen Angriffs aus dem Osten auch unter hohen Risiken für die eigene Sicherheit anzuführen. In diese Struktur war auch die Bundeswehr in einer Weise eingebunden, die auch die von Deutschland während des 2. Weltkrieges besetzten Staaten in Westeuropa akzeptieren konnten. Durch die deutsche Teilung und die Einbindung Westdeutschlands in die NATO stellte sich das Problem potenzieller deutscher Dominanz in Europa nicht mehr.

Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor die NATO zunächst ihren Hauptzweck mit Blick auf die Sowjetunion. Ihre politische Funktion der Einbindung des nunmehr vereinten Deutschlands entsprach den Interessen der vier Siegermächte und der anderen europäischen Staaten. Aber als

---

3 [https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics\\_52060.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_52060.htm)

4 [https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics\\_110496.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_110496.htm)

5 [https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf)

6 [https://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_185000.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm)

einzig etablierte Organisation für die Planung und Führung multinationaler Einsätze westeuropäischer Staaten behielt sie auch eine, wenn auch deutlich reduzierte, militärische Bedeutung, sowohl für die kollektive Verteidigung als auch für die neu angedachten Einsätze „out of area“. Die Option der Schaffung eines kooperativen europäischen Sicherheitssystems durch den Ausbau von in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gelegten Fundamenten kam nicht über die Schaffung der institutionell schwachen und zunehmend politisch gelähmten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hinaus. Des Weiteren wurde die NATO Instrument der graduellen Annäherung vormaliger Ostblockstaaten und neutraler Staaten in Mittel- und Osteuropa an den Westen – institutionell auf den militärischen Bereich begrenzt, darüber hinaus aber auch symbolisch als politisches Zeichen, teilweise im Vorgriff auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU). Mit der Verschärfung der Konflikte mit Russland gewann aber die ursprüngliche Bedeutung der NATO als Bündnis für die kollektive Verteidigung der Mitgliedstaaten wieder an Bedeutung.

Diese Verdienste und Vorteile der NATO hatten aber durchaus auch Schattenseiten. So hätten die massiven Anstrengungen zur kollektiven Verteidigung während des Kalten Krieges auch in einem verheerenden Krieg enden können. Diese Gefahr bestand insbesondere vor der Mitte der 1960er Jahre, als auf der Grundlage des Harmel-Berichts politische Angebote zur Entspannung und Rüstungskontrolle der militärischen kollektiven Verteidigung an die Seite gestellt wurden. Nach dem Ende des Kalten Krieges trug der Mangel an Bereitschaft in den Mitgliedstaaten, die NATO – im Gegensatz zum Gegenstück des Warschauer Paktes – aufzulösen oder alternativ auch um alle Staaten in Mittel- und Osteuropa einschließlich Russlands zu erweitern, zum Wiederentstehen der Ost-West-Konfrontation bei. Die tatsächlich erfolgte Erweiterung der NATO über die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion hinaus wurde zu einer der Ursachen für die Verschlechterung des Verhältnisses des Westens mit Russland.

Die NATO ist in der Vergangenheit eher als Bremsen denn als Motor für Initiativen für Entspannung und Rüstungskontrolle tätig geworden. Hauptgrund dafür ist die Struktur der Entscheidungsfindung in der NATO, die Militärs und Verteidigungsministern, und damit in der Regel eher Skeptikern und Kritikern solcher Initiativen großes Gewicht gibt. Ein Beispiel dafür war die Beschlussfassung der NATO zur Schaffung eines europäischen Raketenabwehrschildes auf dem NATO-Gipfel in Lissabon 2010 trotz heftiger russischer Kritik.

Kritisch zu bewerten ist auch die bremsende Rolle der NATO bei der Umsetzung des langfristigen Ziels vollständiger nuklearer Abrüstung. Obwohl Nuklearwaffen im NATO-Vertrag überhaupt nicht erwähnt sind, versteht sich die NATO als „nuclear alliance“. Sie opponiert offen gegen den 2017 in Kraft getretenen Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen. Damit trägt sie zur Verfestigung eines eindimensionalen Sicherheitsverständnisses bei und erhöht die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes. Vor allem aber konterkariert sie das von allen Mitgliedstaaten proklamierte Ziel sowie die von den Nuklearwaffenstaaten eingegangene Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung.

Die Beschreibung der Verdienste um und Belastungen für Frieden und Sicherheit in Europa ist aber nicht ausreichend zur Bewertung der NATO. Hinzutreten muss die Betrachtung des globalen sicherheitspolitischen Umfelds für andere Risiken und Bedrohungen der Sicherheit der Europäer neben der relativen Bedeutung der militärischen Dimension, für die die NATO steht. Die beiden letztgenannten Aspekte werden in den nachfolgenden Abschnitten angerissen. Zudem steht zumindest seit der Präsidentschaft Donald Trumps die Verlässlichkeit der USA in Frage. Die US-amerikanische Gesellschaft ist zutiefst gespalten, mit einer starken Minderheit, die sowohl westlichen Werten als auch der Partnerschaft mit den Europäern skeptisch gegenübersteht. Ein Anzeichen dafür, was möglicherweise im transatlantischen Verhältnis nach Präsident Biden zu befürchten ist, lieferte die deutsche Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019/2020. Zentrale Anliegen der Bundesregierung, so eine Resolution

zum Sicherheitsrisiko Klimawandel wurden nicht etwa von Russland und China, sondern in erster Linie von den USA konterkariert.

Richtungsweisend für die globale Dimension ist die Positionierung europäischer Staaten im zunehmend konfrontativeren Verhältnis zwischen den USA und China. Während die NATO zentral für die militärische Sicherheitspolitik der europäischen Mitgliedstaaten war und ist, gilt dies in zunehmend geringerem Maße für die USA. Mit der Verschiebung der globalen Machtarchitektur durch den Aufstieg Chinas verschieben sich die Interessen der USA in Richtung Asien und damit auch deren Anforderungen an ihre europäischen Verbündeten. Die Europäer sollen die USA entlasten, indem sie mehr in die eigene Verteidigung investieren und in Afrika intervenieren sowie bereit sein, sich an der Neuausrichtung der US-amerikanischen Sicherheitspolitik auf Ostasien zu beteiligen. Damit stellen sich für die europäischen Mitgliedstaaten der NATO Fragen neu, die während des Kalten Krieges beantwortet waren:

- In welchem Umfang sind die europäischen Staaten bereit, ihre Sicherheitspolitik an US-amerikanischen Interessen auszurichten?
- Welchen geografischen Geltungsbereich soll der Nordatlantikvertrag und damit auch die NATO haben?
- Wie bereit und fähig sind die Europäer, ihre Verteidigung souverän zu organisieren?

#### 4. Militärallianz Nato

Auch der Kontext von Risiken und Bedrohungen für die Sicherheit der Europäer hat sich zunehmend gewandelt. Nicht erst die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass Frieden und Sicherheit, definiert als Sicherung von Leben und guter gesellschaftlicher Ordnung, nicht nur durch militärisch gestützte Bedrohungen von außen gefährdet sind. Ab Gründung der NATO in Zeiten der ideologischen Auseinandersetzung zwischen westlichen Idealen und marxistisch-leninistischen Zielen waren nicht-militärische Elemente von Sicherheit zentral. Ausdruck fand dies zum Beispiel in der oben zitierten Präambel des Nordatlantikvertrages, in der die NATO auf grundlegende Werte verpflichtet wird, die generell mit „dem Westen“ identifiziert werden.

Allerdings klafften Anspruch und Realität der normativen Vorgaben, nämlich den „Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts“ genüge zu tun, von Anbeginn der NATO an deutlich auseinander. Ein Aspekt, der dies verdeutlicht, ist der Umgang mit Mitgliedstaaten, die diese Grundsätze nicht umsetzen.

Gründungsmitglied Portugal wurde bis 1975, als das Militär die Regierung stürzte, strikt autoritär regiert. Die 1952 aufgenommene Türkei wurde in den 1950er Jahren zunehmend undemokratischer bis 1960 das Militär putschte. Nach jeweils kurzen zivilen Phasen übernahm das Militär auch 1971 und 1980 die Macht. Die Türkei blieb trotzdem Mitglied der NATO.

Auch als das Militär 1967 in Griechenland putschte, blieb das Land Teil der NATO. Im Sommer 1974 kam es durch einen von der Junta in Athen unterstützten Putsch von Angehörigen der zypriotischen Nationalgarde und die darauffolgende türkische Invasion der Insel beinahe zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden NATO-Mitgliedstaaten Griechenland und Türkei. Die griechische Regierung kritisierte scharf, dass die NATO die Invasion der Türkei tolerierte und suspendierte im August 1974 (bis Oktober 1980) die militärische Zusammenarbeit mit der NATO.

Auch aktuell muss die NATO sich wieder fragen, inwieweit eine Mitgliedschaft der Türkei mit der Verteidigung von Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts vereinbar ist. Zwar hat etwa NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg „ernste Bedenken“ gegenüber dem Verhalten der Türkei geäußert – wegen des türkischen Verhaltens

in aktuellen Konflikten in Libyen, Syrien und mit NATO-Mitglied Griechenland, nicht jedoch wegen der zunehmenden Einschränkung demokratischer Rechte im Land.<sup>7</sup>

Für das Festhalten der NATO auch an problematischen Mitgliedstaaten lassen sich diskussionswürdige militärpolitische Gründe finden. Portugal war wegen seiner Stützpunkte, nicht zuletzt auf den Azoren, für die Logistik der NATO wichtig; Griechenland und Türkei als Staaten an den Grenzen des sowjetischen Machtbereichs. Zugleich zeigt sich damit auch der übergeordnete Rang sicherheitspolitischer Gesichtspunkte vor der Verteidigung westlicher Werte innerhalb der Organisation. Anders als es der Nordatlantikvertrag mit seiner Rhetorik nahelegt: Die NATO ist nicht der universelle Garant westlicher Werte, sondern primär eine Militärallianzen.

Gleichwohl zeichnet sich eine neue ideologische Konfrontationslinie ab, diesmal zwischen demokratischen und autoritären Staaten. US-Präsident Joe Biden versucht die NATO wieder stärker als globales Bündnis für Demokratie in Stellung zu bringen. Die oben beschriebenen Widersprüche und Doppelstandards werden dadurch aber nicht behoben, was der Glaubwürdigkeit schadet. Ein weiteres Kennzeichen der NATO als Militärbündnis ist der Unterschied ihrer Handlungsfähigkeit in militärischen und politischen Fragen. Während es regelmäßig gelingt, in militärischen Fragen konkrete Aktionen zu beschließen und umzusetzen, kann sich die Mitgliedschaft im politischen Bereich zwar auf relativ allgemeine Formulierungen einigen, deren Folgen aber offen bleiben. Ein Beispiel bot das Kommuniqué der NATO-Tagung in Brüssel vom 14.6.2021, in dem betont wurde, dass man für den Dialog mit Russland offen sei, aber von russischer Seite gemachte Themenvorschläge, etwa für ein Moratorium für Mittelstreckenraketen in Europa, unerwähnt blieben<sup>8</sup>.

Mit ihrer institutionellen, personellen und organisatorischen Aufstellung ist die NATO auch wenig geeignet, weiteren nicht-militärischen Herausforderungen und Bedrohungen zu begegnen. Deren Stellenwert aber wird zunehmen. Das gilt für eine lange Liste von Risiken, angeführt vom Klimawandel und weiteren Pandemien, aber auch die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, insbesondere an nicht-staatliche Akteure, und den Zerfall gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Für das Management aller dieser Risiken sind Fähigkeiten und institutionelle Arrangements gefordert, die die NATO nicht oder nur in geringem Maße hat. Mystifizierung der NATO birgt allerdings die Gefahr, das anders zu beurteilen und eine Zuständigkeit der NATO und ihrer militärischen Mittel herbeizureden, frei nach der Devise: Wer nur einen Hammer zur Verfügung hat, für den wird jedes Problem zum Nagel.

Beispiel Klimawandel: An erster Stelle zur Begrenzung der Folgen des Klimawandels stehen massive Reduzierungen des Ausstoßes an Klimagasen. Diese müssen international ausgehandelt werden, unter Beachtung historischer Emissionen wie aktueller wirtschaftlicher Ungleichgewichte in der Welt. Hierfür bestehende Institutionen, wie die Staatenkonferenzen des Weltklimarahmenabkommens, müssen gestärkt oder durch neue ersetzt werden. Streitkräfte können und sollen einen – allerdings nur begrenzten – Beitrag zur Minderung des Ausstoßes an CO<sub>2</sub> spielen. Hier hat die NATO eine Rolle, die sie auf der Ebene von Appellen und Projekten bereits angenommen hat, und die sie stärken könnte. Darüber hinaus ist der Klimawandel aber nur in sehr begrenztem Maß ein militärisches Problem.

Auch beim Management der benannten nicht-militärischen Risiken ist hoch relevant, welchen Stellenwert die im Nordatlantikvertrag benannten Prinzipien von Freiheit, Demokratie und

---

<sup>7</sup> <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/nato-chef-hat-ernsthafte-bedenken-bezueglich-tuerkei/>

<sup>8</sup> [https://www.nato.int/cps/en/natohq/news\\_185000.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm)

Recht haben. Staaten der westlichen Welt sollten die Möglichkeiten nutzen, ihren Grundwerten in Institutionen für die Bearbeitung der erweiterten Risiken Gewicht zu verschaffen und durch ihr eigenes Handeln zum Maßstab für andere zu machen. Wichtige Organisationen dafür sind bereits vorhanden: Liberal-westliche Organisationen wie OECD und G7 sowie globale Institutionen wie VN, G-20 und die Konferenz der Vertragsparteien zur Weltklimakonvention. Wenn westliche Staaten etwa zeigen, zu welchen Reduktionen an CO<sub>2</sub> Demokratien fähig sind, und bereit sind, Prinzipien der globalen Klimagerechtigkeit umzusetzen, trägt das aktiv dazu bei, Freiheit, Demokratie und Recht in der Welt zu befördern. Eine Überbetonung von militärischer Macht und der NATO als Organisation wird weder den Klimawandel begrenzen noch den Rest der Welt von der Glaubwürdigkeit des Westens überzeugen.

## 5. Sicherheitspolitische Optionen und Alternativen

Wie bereits angedeutet muss auch für die Sicherheitspolitik im traditionellen Sinn die Bedeutung der NATO für Sicherheit und Frieden in Europa hinterfragt werden. Eine solche Betrachtung ist aber nur vor dem Hintergrund möglicher Alternativen sinnvoll.

Theoretisch bieten sich fünf Szenarien für die Zukunft der Sicherheitspolitik in Europa an: Das erste führt zu einer anarchischen Welt, in der neben der NATO auch die europäischen Institutionen, insbesondere die EU, zerfallen. Es dominieren nackter Nationalegoismus und das Recht des Stärkeren, mit entsprechend negativen Aussichten für die Wahrung des internationalen Friedens. Im zweiten Szenario übernimmt die NATO alle verteidigungspolitischen Funktionen, die EU verzichtet auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und bleibt verteidigungspolitisch von den USA abhängig. Im dritten wird die GSVP weiterverfolgt, ohne eine strategische Autonomie zu erreichen. Es ähnelt dem Status quo mit geringen Veränderungen. Im vierten Szenario erreicht sie das Ziel und wird von den USA unabhängig. Die NATO fungiert noch als transatlantischer Rahmen, möglicherweise hört sie auf zu existieren. Im letzten Szenario ersetzt eine gesamteuropäische kollektive Sicherheitsordnung NATO und GSVP. Dieses Szenario, in Elementen angelegt in der OSZE und mit deren Ausbau vorstellbar, ist mit und ohne die USA denkbar.

Angesichts nationalistischer Tendenzen sollte die Möglichkeit eines Auseinanderbrechens von NATO und EU nicht außer Acht gelassen werden. Dann würde sich auch die „deutsche Frage“ wieder stellen. Darum führt an der europäischen Einbindung Deutschlands kein Weg vorbei.

Die Alternative eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems stellt sich angesichts konfrontativer Tendenzen in Europa (Russland) und in der Welt (China) erst langfristig. Die Chance dazu war Anfang der 1990er Jahre nach Ende des Systemkonflikts und angesichts der Verständigung auf gemeinsame Normen in der Charta von Paris gegeben.<sup>9</sup> Fehlender politischer Wille seitens führender westlicher Staaten, der Zerfall der Sowjetunion, der Balkankrieg und das Streben der mittel- und osteuropäischen Staaten in die westlichen Strukturen verhinderten aber die Verwirklichung dieser Option.

Wahrscheinlicher als die beiden genannten Optionen ist der Aufbau einer Europäischen Verteidigungsfähigkeit, die nicht auf die Planungs- und Führungskapazitäten der NATO angewiesen ist, aber im Krisenfall mit US-amerikanischer militärischer Unterstützung rechnen kann, soweit dies im Interesse der USA liegt. Auch wenn die Biden-Administration einer

---

9 Vgl. Oxana Schmies (Hrsg.): NATO's Enlargement and Russia. A Strategic Challenge in the Past and Future, Stuttgart: Ibidem-Verlag, 2021.

stärkeren europäischen militärischen Zusammenarbeit positiv gegenübersteht, ist gegenwärtig mit einem militärpolitischen Integrationssprung der EU allerdings nicht zu rechnen.

Theoretisch reichen die addierten militärischen Kapazitäten der europäischen NATO-Mitgliedstaaten – Militärausgaben, Waffensysteme, Soldaten – für Abschreckung, Verteidigung und begrenzte Einsätze „out of area“ dieser Staaten aus. Jedenfalls sind sie in den genannten drei Dimensionen größer als die Russlands. Zwar gilt dies nicht für das Baltikum, aber auch gegenwärtig ist die NATO in dieser Region einer überraschenden russischen Aggression nicht gewachsen.

Bekanntlich sind diese europäischen Kapazitäten aber nur in begrenztem Maße miteinander verschränkt oder gar integriert. Ohne die Koordination durch die NATO – und dem US-Beitrag zur NATO – wären sie gegenwärtig nur eingeschränkt im Verbund einsetzbar.

Dafür gibt es aber keine technischen oder taktischen Gründe, die Ursachen sind politischer Natur. Mehrere europäische NATO-Mitgliedstaaten waren bisher nur innerhalb der NATO bereit, die Führung ihrer Streitkräfte anderen zu überlassen. Insbesondere immer wieder von Frankreich betriebene Ansätze, auch größere europäische Planungs- und Führungskapazitäten aufzubauen und mit der notwendigen Autorität zur Führung von Operationen auszustatten, wurden außerdem insbesondere von den USA und Großbritannien regelmäßig bekämpft. Zudem bestehen erheblich strategische Divergenzen zwischen den europäischen NATO-Mitgliedstaaten – während vor allem die in Ost- und Nordeuropa Russland als zentrale Gefahr sehen, wird im Süden Europas eher auf Nordafrika und den Nahen Osten geschaut. Schließlich sind die sicherheitspolitischen Kulturen der europäischen Staaten noch zu verschieden.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden Bedrohungslage für Frieden und Sicherheit in Europa, der gewachsenen Ansprüche der EU und der globale Umorientierung der USA ist es notwendig grundsätzliche, gewichtige Fragen zum Stellenwert der NATO für die Sicherheit der Europa zu stellen:

- Braucht Europa sowohl die NATO als auch die EU für seine Sicherheit?
- Welchen Stellenwert können beide Organisationen im Kontext gesamteuropäischer Sicherheit haben? Ist eine klare Arbeitsteilung sinnvoll oder eine Neujustierung der Verantwortlichkeiten?
- Was bedeutet es konkret, die „strategische Autonomie“ der EU zu stärken? Kann diese Autonomie mit einer eventuell verstärkten Zusammenarbeit mit der NATO umgesetzt werden? Oder braucht es keine NATO mehr, wenn die EU das Ziel strategischer Autonomie einmal erreicht hat oder, falls Letztere dieses Ziel nicht erreicht, wozu benötigt die EU dann eine eigene Sicherheitspolitik?

Die Unverzichtbarkeit der NATO für die europäischen Mitgliedstaaten ist letztlich deren kollektive politische Entscheidung. Sie ist nicht das Resultat der Verfügbarkeit über die notwendigen Ressourcen. Auch ohne die USA könnten die europäischen NATO-Mitgliedstaaten hinreichende militärische Ressourcen aufbieten, um Russland im Falle einer militärischen Interventionen in deren Territorien insoweit abschrecken zu können, dass Russland einen nachfolgenden Krieg verlieren<sup>10</sup> und in einer nuklearen Auseinandersetzung massive Schäden erleidenen würde. Natürlich würde die konventionelle Überlegenheit der europäischen NATO-Mitgliedstaaten mit einem US-amerikanischen Beitrag zunehmen. Auch für „out of area“-Einsätze könnten sich die europäischen NATO-Mitgliedstaaten hinreichende gemeinsame Kapazitäten schaffen, wenn der politische Wille dazu da wäre.

---

10 Siehe dazu Barry Posen, Europe can defend itself, Survival Vol. 62, No. 6, 2010, S. 7-33 und die nachfolgende Diskussion in der Zeitschrift Survival.



Bisher war der politische Wille zur Schaffung einer effektiven gemeinsamen europäischen Militärmacht allerdings nicht ausgeprägt genug, um zu größeren Veränderungen zu führen. Der Ausstieg Großbritanniens aus der EU hat die Voraussetzungen vermutlich eher verschlechtert als verbessert. Die zuletzt in den Jahren 2018 und 2019, nicht zuletzt in Reaktion auf den Brexit, gestarteten Initiativen der EU für gemeinsame Vorhaben und Strukturen betreffen nicht die zentralen Aspekte gemeinsamer Planungs- und Führungskapazitäten, der Verbesserung der Möglichkeiten des Einsatzes größerer Verbände und vor allem der Einigung auf gemeinsame strategische Prioritätensetzung.

Gegenwärtig ist also, trotz weiteren Aufwuchses der militärischen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten der EU und deren quantitativer Größenordnung, keine irgendwie definierte „strategische Autonomie“ der EU absehbar. Solange das so ist, bleiben Deutschland und die anderen europäischen NATO-Staaten in einem gewissen Vasallenverhältnis zu den USA gefangen. Deshalb sollte die Stärkung der strategischen Handlungsfähigkeit Europas der eigentliche Kern deutscher Friedens- und Sicherheitspolitik sein, wobei diese notwendig nicht auf den militärischen Bereich begrenzt sein kann. Auch der Gefahr, dass diese nur einen zusätzlichen militärischen Machtpol in der internationalen Mächtekonkurrenz hinzufügt, muss durch Ausrichtung an einer kooperativen, friedensfördernden Sicherheitspolitik entgegengewirkt werden.

## 6. Bilanz

Eine Mystifizierung der NATO ist weder mit ihrer Funktion noch mit ihrer Geschichte vereinbar. Als Militärallianz deckt die NATO nur einen Teilbereich der Sicherung von Leben und gesellschaftlicher Ordnung insgesamt und selbst von Frieden und Sicherheit vor äußerer Bedrohung ab. Auch die aktuelle militärische Bedeutung der NATO ist kein hinreichender Grund, um nicht über europäische Alternativen nachzudenken. Diese sind für den militärischen Bereich zwar nur mittel- oder langfristig realistisch aber bei hinreichendem politischen Willen in Schritten umsetzbar. Auch wenn die Bilanz damit aktuell für ein aktives Engagement Deutschlands und der europäischen NATO-Mitgliedstaaten in der Organisation spricht, sollte die europäische Dimension militärischer Sicherheit ausgebaut werden, nicht zuletzt um gegen eine US-amerikanische Abkehr von der NATO gewappnet zu sein oder europäischen Zerfallserscheinungen vorzubeugen. Darüber hinaus ist die NATO als Militärallianz keine optimale Zielperspektive für Frieden und Sicherheit in Europa, nicht die Organisation, die eine zentrale Rolle bei der Beförderung westlicher Werte haben kann, und auch für die Bearbeitung nicht-traditioneller grundlegender Bedrohungen von Leben und gesellschaftlicher Ordnung eher ungeeignet. Die Behauptung, die Souveränität Deutschlands oder der Zusammenhalt des „Westen“ seien von der Existenz der NATO abhängig, greift deutlich zu kurz. Diese symbolische Überhöhung der NATO ist ein Mythos.